



Ute Buschhaus, Dorothee Neugebauer, Dr. Manon Geilenkothen, Dieter Tometten, Stefanie Steinberg, Wolfgang Hellmich und Kerstin Griese diskutierten im Petrushaus. ■ Foto: Bunte

„Es gibt immer etwas, was man noch tun kann“

Podiumsdiskussion füllte Petrushaus

SOEST ■ „Diese zwei Stunden werden vermutlich nicht reichen für dieses Thema. Das verlangt schon jetzt nach einer Fortsetzung.“ Dass das aktuell kontrovers diskutierte Thema „Sterbehilfe“ so viele Besucher anzog, überrascht den Bundestagsabgeordneten Wolfgang Hellmich (SPD) am Samstag bei der Podiumsdiskussion im Petrushaus vermutlich selber. Mit Fraktionskollegin Kerstin Griese wollte er die Meinungen der Soester erfahren. Und auch hier zeigt sich, dass jede allgemeine Diskussion nicht so erschüttert wie der konkrete Einzelfall.

Den liefert ein Gast, der vom Tod seiner Mutter berichtet. „Sie hatte Lungenkrebs, und die Palliativmediziner und Pflegekräfte haben einen Top-Job geleistet.“ Doch die letzten 16 Stunden seien ein qualvoller Tod gewesen. „Meine Mutter flehte mich an, sie zu erlösen“, schildert der Mann drastisch. „Ich hätte sie gerne von ihren Qualen erlöst – aber hätte ich es getan, säße ich jetzt im Gefängnis.“

„Ausbau der Palliativmedizin“

Der Reaktionen in der Saal machten's deutlich: Die Geschichte bewegt. Doch sie sei ein Einzelfall, gibt Griese zu bedenken, „und wollen Sie für die wenigen Einzelfälle dieser Art eine eigene gesetzliche Regelung entwickeln?“

Denn die allgemeine Situation sehe anders aus. Zu Beginn stellt Griese die drei legalen Formen vor. „Wenn die Bildzeitung eine Umfrage durchführt, ob ihre Leser die Sterbehilfe befürworten, kommen sie ja auf 60 Prozent, die für Ja stimmen.“ Bei Umfragen unter Leuten, die diese Differenzierung kennen, stimmten deutlich weniger für aktive Sterbehilfe.

Griese selber wendet sich ausschließlich gegen Vereine, die aktive Sterbehilfe organisiert und gewerblich verrichten, „sie bergen die Gefahr, dass auch psychisch Kranke mit Selbstmordgedanken sich an sie wenden.“

Die Versammlung bringt keine kontroversen Ansichten hervor. Im Prinzip scheinen alle einer Meinung zu sein, seien es die Palliativmedizinerinnen Dr. Manon Geilenkothen und Stefanie Steinberg, die Geistlichkeit, vertreten durch Superintendent Dieter Tometten, oder die Vertreter der Hospizbewegung: Beibehaltung der aktuellen gesetzlichen Regelung, aber Ausbau der Möglichkeiten der Palliativmedizin.

So schlägt zum Beispiel Ferdinand Kauerz von Lackum von der Hospizbewegung den Abgeordneten vor, dem Bundestag ein „Modell Deutschland“ vorzuschlagen. Das solle dafür sorgen, dass bei der Behandlung von Sterbepatienten der Zeitdruck herausfällt, dass Ärzte und Sozialarbeiter Fortbildungen erhalten, die oft unterfinanzierte Hospizarbeit gerade in Altenheimen besser unterstützt wird und dass regionale Ethik-Kommissionen gebildet werden, die im Einzelfall Entscheidungen treffen. Stefanie Steinbach spricht sich zudem für die Bildung eines Teams aus, das die gesetzlich zugesicherte „spezialisierte ambulante Palliativversorgung“ garantiert, eine Art ambulantes Notfallteam.

Entsprechende Fortschritte im Umgang mit Sterbepatienten wünscht sich auch Dr. Heinz Ebbinghaus vom Lenkungsteam des Palliativnetzes Soest-Hochsauerlandkreis: „Der Satz ‚Wir können nichts mehr für Sie tun‘ gehört aus dem Mund eines Arztes gestrichen. Es gibt immer noch etwas, was er für den Patienten tun kann.“ ■ kb